

**Niederschrift
über die 15. Sitzung des Kreistages am 08. Oktober 2007**

I.: Ort: Landratsamt Pasewalk, Kürassierkaserne, Haus 3
Datum: 08.10.2007
Beginn: 14:00 Uhr
Ende: 16:15 Uhr

II.: Von den 47 Mitgliedern des Kreistages nehmen 39 an der 15. Sitzung des Kreistages teil.
Die Teilnahme der Mitglieder des Kreistages an den einzelnen Tagesordnungspunkten während der Sitzung ist unterschiedlich.

Anwesend sind:

Ammon, Michael	Orwat, Dieter
Bauer, Gerhard	Otterstein, Rudi
Dr. Blohm, Helmut	Peeger, Marlies
Brauchler, Roland	Pinzke, Dennis
Drechsler, Irmhild	Poch, Ulrich
Erinski, Alexander	Radant, Frank
Friese, Norbert	Raulin, Norbert
Gottschalk, Ralf	Röhl, Jürgen
Grams, Friedbert	Roloff, Rudi (bis Mitte TOP 18)
Gutgesell, Dennis	Dr. Sander, Horst
Haack, Norbert	Schlupp, Beate
Jürgens, Gesine	Dr. Seidel, Alfred
Kiel, Gerhard	Stegemann, Günter
Koschnitzki, Jutta	Texter, Andreas
Kowalski, Dietmar	Thiede, Christel
Krins, Matthias	Wagner, Günter
Lunow, Rainer	Werner, Doris
Meistring, Lothar	Zibell, Antje
Müggenburg, Günter (ab TOP 3)	Zimmermann, Arno
Obst, Anneliese	

Folgende Mitglieder des Kreistages nehmen an der Sitzung nicht teil:

Fiedler-Wilhelm, K. - unentschuldigt	Heder, Dieter - entschuldigt
Horn, Joachim - entschuldigt	Dr. Irle, Ulrich - unentschuldigt
Odendall, M.-Th. - unentschuldigt	Dr. Schendel, Götz - entschuldigt
Tornow, Peter - entschuldigt	Verchow, Cornelia - entschuldigt

III. Tagesordnung

Die Einladung zur 15. Sitzung des Kreistages ist den Mitgliedern des Kreistages ordnungsgemäß zugegangen.

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt, damit gilt folgende Tagesordnung als einstimmig angenommen:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit sowie Annahme der Tagesordnung
2. Verpflichtung von Kreistagsmitgliedern
3. Bestätigung der Niederschrift der 14. Sitzung des Kreistages vom 11.06.2007
4. Einwohnerfragestunde
5. Mitteilungen des Landrates
6. Personelle Besetzung in Ausschüssen des Kreistages
 - a) Kreisausschuss
 - b) Finanzausschuss
 - c) Ausschuss für Umwelt und Ordnungsangelegenheiten
7. Personelle Besetzung in der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Vorpommern
8. Personelle Besetzung in der Mitgliederversammlung der Kommunalgemeinschaft POMERANIA e. V.
9. Personelle Besetzung im Verwaltungsrat der Sparkasse Uecker-Randow
10. Personelle Besetzung in der Mitgliederversammlung des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern
11. Haushaltssatzung 2007 des Landkreises Uecker-Randow
12. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes des Landkreises Uecker-Randow für das Haushaltsjahr 2007
13. Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Uecker-Randow

14. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE., SPD, Bürgerbündnis Uecker-Randow und der Wählergruppen Für Uecker-Randow und Bauernverband – Ländlicher Raum im Kreistag Uecker-Randow zum Modellprojekt „Zukunfts-Region Uecker-Randow“

15. Anfragen der Kreistagsmitglieder

Nichtöffentlicher Teil

16. Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung des Landrates vom 20.09.2007 zur Zuschlagserteilung rettungsdienstlicher Leistungen im Landkreis Uecker-Randow – Rettungswache Strasburg und Notarztstandort Strasburg –

TOP 2: Verpflichtung von Kreistagsmitgliedern

In der letzten Kreistagssitzung ist **Frau Jutta Koschnitzki** von der Liste des Wahlvorschlages der Partei DIE LINKE. im Wahlbereich VII für Herrn Gerd Walther nachgerückt. Die Verpflichtung von Frau Koschnitzki ist heute nachzuholen.

Zwischenzeitlich hat Herr Harald Nitschke, CDU, sein Mandat aus beruflichen Gründen niedergelegt.

Durch den Kreiswahlleiter wurde festgestellt, dass von der Liste des Wahlvorschlages der CDU im Wahlbereich III **Frau Antje Zibell**, das Mandat angenommen hat und damit Mitglied im Kreistag Uecker-Randow wurde.

Frau Koschnitzki und Frau Zibell werden durch den Kreistagspräsidenten durch folgenden Text mit Handschlag verpflichtet:

*Ich verpflichte Sie zur gesetzlichen Ausübung Ihres Amtes und gewissenhaften Erfüllung Ihrer Pflichten zum Wohle des Landkreises Uecker-Randow.
Ich weise Sie insbesondere auf Ihre Verschwiegenheits- und Treuepflicht hin.*

TOP 3: Bestätigung der Niederschrift der 14. Sitzung des Kreistages vom 11.06.2007

Auf Seite 14 unter TOP 10 „Fortschreibung der Nahverkehrsplanung für den Landkreis Uecker-Randow“ ist nach dem Abstimmungsergebnis eine Korrektur vorzunehmen.

Richtig muss es lauten:

Damit ist die Fortschreibung **der Nahverkehrsplanung für den Landkreis Uecker-Randow** mehrheitlich bestätigt, **nicht:** „Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes“.

Die Niederschrift der 14. Sitzung des Kreistages vom 11.06.2007 wird mit der vorge-tragenen Änderung mehrheitlich bestätigt.

TOP 4: Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Einwohnern werden keine Anfragen gestellt, die Einwohner-fragestunde wird geschlossen.

TOP 5: Mitteilungen des Landrates

Mitteilungen des Landrates, Herr Dr. Böhning – siehe Anlage 1.

TOP 6: Personelle Besetzung in Ausschüssen des Kreistages

- a) Kreisausschuss**
- b) Finanzausschuss**
- c) Ausschuss für Umwelt und Ordnungsangelegenheiten**

a) Kreisausschuss

Durch die Mandatsrückgabe von Herrn Harald Nitschke ist der Platz im Kreisaus-schuss neu zu besetzen.

Vorschlagsrecht und Wahlverfahren für die Neubesetzung des frei gewordenen Plat-zes richten sich nach § 110 Abs. 1 und 2 KV M-V.

Die CDU-Fraktion schlägt vor, den frei gewordenen Platz mit Herrn Matthias Krins zu besetzen.

Abstimmung:	dafür:	39
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

Damit ist Herr Krins einstimmig in den Kreisausschuss gewählt.

Die Wahl von Herrn Krins erhält die Beschluss-Nr. **1/6/04 – 3. Änderung**.

b) Finanzausschuss

Durch das Nachrücken von Frau Zibell als Mitglied in den Kreistag kann sie nicht gleichzeitig als sachkundige Einwohnerin im Finanzausschuss mitarbeiten. Aus dem Grund ist auch dieser Platz neu zu besetzen.

Die CDU-Fraktion schlägt für die Besetzung dieses Platzes Herrn Sieghard Christeleit vor.

Abstimmung:	dafür:	39
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

Damit ist Herr Christeleit einstimmig in den Finanzausschuss gewählt.

Die Wahl von Herrn Christeleit erhält die Beschluss-Nr. **1/7/04 – 4. Änderung.**

c) Ausschuss für Umwelt und Ordnungsangelegenheiten

Durch das Ausscheiden von Herrn Gerd Walther aus dem Kreistag ist sein Platz im Ausschuss für Umwelt und Ordnungsangelegenheiten neu zu besetzen.

Die Fraktion DIE LINKE. schlägt vor, diesen freien Platz mit Frau Jutta Koschnitzki zu besetzen.

Abstimmung:	dafür:	39
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

Damit ist Frau Koschnitzki einstimmig in den Ausschuss für Umwelt und Ordnungsangelegenheiten gewählt.

Die Wahl von Frau Koschnitzki erhält die Beschluss-Nr. **1/10/04 – 4. Änderung.**

TOP 7: Personelle Besetzung in der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Vorpommern

Durch das Ausscheiden von Herrn Gerd Walther aus dem Kreistag ist der durch ihn besetzte Platz in der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes neu zu besetzen.

Die Fraktion DIE LINKE. schlägt Frau Marlies Peeger für die Besetzung dieses Platzes vor.

Abstimmung:	dafür:	39
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

Damit ist Frau Peeger einstimmig in die Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes Vorpommern gewählt.

Die Wahl erhält die Beschluss-Nr. **1/14/04 – 4. Änderung.**

TOP 8: Personelle Besetzung in der Mitgliederversammlung der Kommunalgemeinschaft POMERANIA e. V.

Durch die Mandatsrückgabe von Herrn Gerd Walther ist eine Neubesetzung dieses Platzes erforderlich.

Die Fraktion DIE LINKE. schlägt für die Besetzung dieses Platzes Herrn Lothar Meistring vor.

Abstimmung:	dafür:	39
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

Damit ist Herr Meistring einstimmig in die Mitgliederversammlung der Kommunalgemeinschaft POMERANIA e. V. gewählt.

Die Wahl erhält die Beschluss-Nr. **3/29/04 – 1. Änderung.**

TOP 9: Personelle Besetzung im Verwaltungsrat der Sparkasse Uecker-Randow

Durch die Mandatsrückgabe von Herrn Harald Nitschke ist sein Platz im Verwaltungsrat der Sparkasse neu zu besetzen.

Die Fraktion der CDU schlägt Frau Zibell für die Besetzung dieses Platzes vor.

Abstimmung:	dafür:	39
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

Damit ist Frau Zibell einstimmig in den Verwaltungsrat der Sparkasse Uecker-Randow gewählt.

Die Wahl erhält die Beschluss-Nr. **1/18/04 – 2. Änderung.**

TOP 10: Personelle Besetzung in der Mitgliederversammlung des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern

Herr Gottschalk hat mitgeteilt, dass er das Mandat im Auftrag des Kreistages Uecker-Randow in der Mitgliederversammlung des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern nicht länger wahrnehmen kann.

Die Fraktion Bürgerbündnis schlägt für diesen freien Platz Herrn Gerhard Bauer vor. Herr Bauer ist bereit, in der Mitgliederversammlung des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern mitzuarbeiten.

Abstimmung:	dafür:	39
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

Damit ist Herr Bauer einstimmig in die Mitgliederversammlung des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern gewählt.

Die Wahl erhält die Beschluss-Nr. **1/16/04 – 1. Änderung.**

TOP 11: Haushaltssatzung 2007 des Landkreises Uecker-Randow

Herr Dr. Sander führt aus, dass der Landrat am 25. Juni 2007 den durch den Kreistag am 11. Juni 2007 gefassten Beschluss zur Haushaltssatzung mit einer Kreisumlage von 36 % beanstandete.

Gemäß § 111 Abs. 2 KV M-V wurde diese Beanstandung der Rechtsaufsichtsbehörde angezeigt. Den Kreistagsmitgliedern wurde die Beanstandung mit Schreiben vom 02.07.2007 zur Kenntnis gegeben.

In der Folge fand am 04. September 2007 ein Gespräch mit Herrn Staatssekretär Lenz vom Innenministerium statt. In diesem Gespräch hatte der Landkreis Gelegenheit, nochmals eindrucksvoll auf die prekäre Haushaltssituation aufmerksam zu machen.

Herr Staatssekretär Lenz brachte klar die Position des Innenministeriums zum Ausdruck. Danach wird ein Haushalt mit einer geringeren als der vom Landrat eingebrachten Kreisumlage in Höhe von 38,15 % nicht genehmigungsfähig sein.

Herr Dr. Böhning

Herr Präsident, meine sehr geehrten Kreistagsmitglieder, sehr geehrte Gäste,

Ihnen liegt heute erneut die Haushaltssatzung 2007 zur Beschlussfassung vor. Eingearbeitet sind die Personalkosteneinsparung aufgrund des ab 01.06.2007 geltenden Haustarifvertrages in Höhe von 400,0 TEUR und die 600,8 TEUR zusätzlichen

Schlüsselzuweisungen, die Ende Juni als kommunaler Finanzausgleich offiziell übergeben wurden.

Damit reduziert sich der Fehlbedarf in der Haushaltssatzung und beträgt nunmehr 24.331.100 EUR. Die Kreisumlage beträgt nach wie vor 38,15 %, das sind in absoluter Höhe 14.742.900 EUR.

Den Beschluss vom 11.06.2007 musste ich beanstanden, da die abweichend von der Beschlussvorlage festgesetzte Kreisumlage in Höhe von 36,0 % bei Weitem nicht ausreicht, um die Mehrkosten bei den sozialen Leistungen abzudecken.

Die Gemeindefinanzanalyse zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden zeigt auf, dass es hier sehr große Unterschiede gibt. Der größte Teil der Kommunen hat noch eine stabile Finanzausstattung. Der Landkreis hat mit der Erhöhung der Kreisumlage auf 38,15 % ein Mittelmaß gefunden.

Die Städte und Gemeinden erhalten im Haushaltsjahr 2007 zusätzliche Schlüsselzuweisungen in Höhe von 3,6 Mio. EUR. Mit dieser Kreisumlage fließen aber nur ca. 42 % dieser Mittel in den Kreishaushalt.

Eine Beschlussfassung zum Haushalt 2007 ist notwendig, um die erforderlichen Genehmigungen bei der Rechtsaufsichtsbehörde einzuholen.

Wie bereits mehrfach diskutiert, ist die Liquidität des Haushaltes durch die immer noch andauernde vorläufige Haushaltsführung sehr angespannt.

Aus heutiger Sicht kann eingeschätzt werden, dass die Kassenliquidität im November noch nicht gegeben ist.

Das Haushaltssicherungskonzept ist ebenfalls angepasst worden. Die Haushaltssicherungsmaßnahmen sind eingearbeitet, reichen aber bei Weitem nicht aus, um die bestehenden Fehlbeträge abzubauen.

Mit der Haushaltsplanung 2008 wird das Haushaltssicherungskonzept weiterhin fortgeschrieben.

Zurzeit wird der Plan 2008 erarbeitet und ich hoffe, dass wir Ihnen diesen am 17. Dezember vorlegen können.

Frau Schlupp

Sehr geehrter Herr Kreistagspräsident, sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir heute, am 08. Oktober 2007, über den Haushalt 2007 beraten, mögen viele denken, warum heute noch einmal darüber reden? Die Argumente sind ausgetauscht, wichtiger wird die Debatte über den Haushalt 2008, die kurz bevorsteht.

Das alles ist richtig. Was aber bleibt sind Fragen. Fragen, die wir uns alle stellen sollten, bevor wir über einen neuen Haushalt debattieren.

Zum Beispiel: Was haben die beiden Absenkungsbeschlüsse zur Kreisumlage im März und im Juni dieses Jahres gebracht? Mancher wird sagen, das Gespräch mit dem Staatssekretär Lenz im September hat dazu geführt, dass eine Kreisumlage von 38,15 % vom Innenministerium akzeptiert wird, also eine noch höhere Kreisumlage verhindert wurde. Dazu kann ich nur sagen, nach meinen Informationen und Sie können davon ausgehen, dass diese belastbar sind, wäre eine Kreisumlage von 38,15 % auch schon vor diesem Gespräch vom Innenministerium genehmigt worden. Eine Verhandlung darüber im März dieses Jahres hätte zum selben Ergebnis geführt. Eine andere Frage, die zu stellen wäre, ist die nach den Auswirkungen auf Investitionsvorhaben im Landkreis und die Arbeit von Vereinen und Verbänden. Unstreitig ist

wohl, dass bei einer Haushaltsgenehmigung, die frühestens Ende November erfolgen könnte, Investitionen in diesem Jahr nicht mehr ausgelöst werden können.

Die Vereine und Verbände werden sich sicher freuen, wenn sie Ende des Jahres noch finanzielle Zuwendungen erhalten. Projekte und Veranstaltungen für dieses Jahr wird es aber kaum noch geben, ausgenommen vielleicht eine Weihnachtsfeier. Und die wichtigste Frage ist: Wird der Verlauf der diesjährigen Haushaltsberatungen vielleicht auch im Kontext mit den Beratungen aus 2006 Folgen haben? Das ist nicht auszuschließen bzw. wahrscheinlich.

Im Nordkurier vom 04. Oktober 2007 war zu lesen, dass das Innenministerium die Kommunen stärker zur Konsolidierung ihrer Haushalte anhalten und in besonderen Fällen auch fachlich unterstützen will - zuerst in Form von Beratern, die dann allerdings auch zu Beauftragten im Sinne der Kommunalverfassung bestellt werden können.

Betrachtet man in diesem Zusammenhang die bereits angesprochenen Absenkungsbeschlüsse bezüglich der Kreisumlage, ist es absehbar, dass unserem Landkreis die Konsolidierungsbemühungen abgesprochen werden und das mit allen daraus resultierenden Konsequenzen.

Bereits im März hat meine Fraktion darauf hingewiesen, dass wir Gefahr laufen könnten, zukünftig nicht mehr Herr des Verfahrens zu sein und wir haben auch darauf hingewiesen, welche Auswirkungen das auf die zukünftige Höhe der Kreisumlage haben könnte.

Und damit komme ich zur letzten Frage: Haben wir, haben Sie, das alles wirklich so gewollt?

Für meine Fraktion **beantrage ich namentliche Abstimmung** zu diesem Tagesordnungspunkt.

Vielen Dank.

Herr Meistring

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe natürlich zu, dass es nicht so einfach ist zu diesem Tagesordnungspunkt noch einmal zu sprechen.

Es gab sehr viele Beratungen, wir haben Sitzungen durchgeführt im kleineren Kreis, wir haben uns in den Fraktionen noch einmal auseinandergesetzt zu der Problematik. Wir mussten feststellen, es gibt keine neuen Erkenntnisse. Und vor allem, es gibt auch keine neuen Ergebnisse, Ergebnisse, die unseren Landkreis positiv beeinflussen würden.

Wenn wir ehrlich sind, dann führen wir doch gar keine Haushaltsdiskussion. Das kam auch eben in der Begründung des Landrates wieder zum Ausdruck, weshalb und was Herr Lenz gefordert hat. Wir führen doch nur noch eine Diskussion zur Kreisumlage. Die überall angesagte bundesweite Konjunktur ist, meine Damen und Herren, vielleicht in der Landesregierung angekommen. Deshalb wird dort auch der Weg der kompromisslosen Konsolidierung gegangen.

Der Landeshaushalt soll unter allen Bedingungen konsolidiert werden, auf wessen Rücken auch immer.

Und die Aufforderung der Landesregierung an die Landkreise, egal ob starke oder schwache Landkreise, gleiches zu tun, Steuern zu erhöhen, Hebesätze nach oben zu korrigieren, den Städten und Gemeinden durch die ständige Erhöhung der Kreis-

umlage weitere Bürden aufzuladen, heute 38,15 %, nächstes Jahr mindestens 40 %, wie soll das weitergehen?

Herr Landrat, in der Begründung haben Sie selbst gesagt, 36 % Kreisumlage reichen nicht aus, um die notwendigen Sozialleistungen des Landkreises zu finanzieren. 38 % reichen auch nicht aus und da wissen wir doch, wo das hingehen soll. Dazu kommt doch ganz einfach die Tatsache, dass wir uns sehr häufig und sehr oft schon mit dem Hauptproblem beschäftigt haben - mit der permanenten Unterfinanzierung - vor allem aus der Sicht der Sozialleistungen, die getätigt werden müssen. Wir, und das möchte ich an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich sagen, werden als Landkreis nicht in der Lage sein, uns selbst zu konsolidieren.

Ich will zum Konsolidierungskonzept nichts mehr sagen, will deshalb nur einen Blick in dieses Konzept an dieser Stelle werfen.

Normal werden wir, wenn sich das so weiter entwickelt wie bisher, im Jahre 2015 75 Mio. EUR Fehlbedarf ausweisen. Das steht im Konzept. Da hat die Verwaltung eine fleißige Arbeit geleistet, das kann man bestätigen. Aber, nun ist ja versprochen worden, dass wir weitere Einsparungen durchführen, auch wenn es nicht mehr geht, aber mit diesen weiteren Einsparungen würden wir dann bei 45 Mio. EUR Defizit liegen. Da führt der Weg hin. Wir sind, um das noch einmal zu sagen, nicht in der Lage das alleine zu korrigieren. Wir werden also weiter und auch permanent eine Defiziterhöhung unseres Kreishaushaltes erleben und andere Kommunen in den Sog dieses systematischen Abstiegs mit hineinziehen. Meine Damen und Herren, Frau Schlupp fragte, wollen Sie das? Ich frage auch, wollen wir das?

Ich nicht und die große Mehrheit meiner Fraktion auch nicht. Wir sitzen hier alle in einem Saal und das nicht erst seit gestern und haben wir denn schon einmal wirklich erlebt, dass entscheidende Verbesserungen aus der Sicht unserer finanziellen Situation, entscheidende Hilfe eingetreten ist, egal, das sage ich an der Stelle auch ganz klar, unter welchen Regierungen im Land, weil sonst der Einwurf von Herrn Krins wieder kommen könnte, wo willst du denn das Geld hernehmen?

Hohe Arbeitslosigkeit, weiterer Abbau von Kultur- und Freizeitmöglichkeiten, noch mehr Kürzungen im freiwilligen Bereich, Einschränkungen von Leistungen in der Kinder-, Jugend- und Sportarbeit das ist für mich und für uns Abbau von Demokratie. Wir können nichts mehr gestalten, weder als Kreis noch als Gemeinden.

Muss man sagen wo das hinführt? Wir erleben es leider immer häufiger und massiver, meine Damen und Herren, das führt dahin, dass die Kräfte, die das rechte Gedankengut verbreiten immer mehr an Einfluss gewinnen, das müssen wir doch merken. Und das will ich an der Stelle auch ganz klar sagen. Mit einzelnen Aktionen, mit einzelnen Projekten müssen wir zwar dagegen wirken, aber damit werden wir nicht das erreichen, was wir erreichen müssen. Wir müssen viel mehr Präventionsarbeit machen. Unserer Auffassung nach ist Präventionsarbeit, vor allem in den Kommunen und da beziehe ich den Kreis mit ein, die Möglichkeit, weitere Investitionen tätigen zu können, den Vereinen und Verbänden Unterstützung zu geben, damit hier eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung gestaltet werden kann und nicht umgekehrt – die Mittel und damit die freiwilligen Leistungen weiter zu kürzen.

Ich denke, meine Damen und Herren, das war auch der Handlungsgrundsatz bei den Entscheidungen der letzten beiden Kreistagssitzungen zum Thema Haushalt.

Man darf es noch einmal ganz klar sagen, die Mitglieder dieses Kreistages haben, wenn auch nur mehrheitlich, in Verantwortung und aus Sicht der Situation des Kreises den Haushalt beschlossen - schon zweimal. Daran möchte ich erinnern. Das ist für mich Demokratie und nicht, wenn beginnend mit dem Haushaltserlass und dann fortgesetzt mit dem Besuch des Staatssekretärs vom 04. September im Prinzip einfach über unsere Lage hinweggeredet wird.

Ich möchte mich an der Stelle noch einmal ganz herzlich bei der Verwaltung bedanken, nicht dafür, dass sie von Kreistag zu Kreistag noch einmal ein paar Tausend Euro eingespart hat, sondern dafür, dass hier unserer Auffassung nach ein vernünftiges Dokumentationsmaterial erarbeitet wurde, welches dem Innenministerium vorgelegt wurde. Da wir alle voller Hoffnung sind, möchte ich auch hier die Hoffnung äußern, dass man, wenn wir auch nichts Endgültiges erreicht haben, außer dass Verantwortungsträger im Kreis, damit meine ich nicht nur die Kreisverwaltung, nach dem Staatssekretärbesuch verunsichert wurden, in dem erklärt wurde, es geht nicht weiter mit der wirtschaftlichen Tätigkeit im Landkreis, es geht nicht weiter mit den Vereinen und Verbänden usw. wenn ihr den Haushalt nicht beschließt. Also wie gesagt, ich war bei der Sitzung, dann hoffe ich zumindest, dass diese Dokumentation unseren verantwortlichen Politikern im Land zum Nachdenken verhilft und man soll ja die Hoffnung nie aufgeben.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr Gottschalk

Herr Kreistagspräsident, meine Damen und Herren, nur weniges noch. Ich schließe mich meinen Vorrednern an. Vieles ist schon gesagt, wenig neue Argumente vielleicht. Aber Frau Schlupp, ich würde noch eine Frage dazu setzen zu den Fragen, die Sie gestellt haben und für meinen Geschmack eigentlich die wichtigste.

Wie geht es weiter mit der Struktur unserer Kreisfinanzen? Und da diese Frage sich weder mit 36, noch mit 38, noch mit 40 % beantworten lässt, darin steckt für mich das Problem dieses Haushaltes. Es ist kein Problem des Haushaltes 2007, es ist auch kein Problem des Landrates oder der Kreisverwaltung. Es ist aber zum Beispiel das Problem, dass der Staatssekretär des Innenministeriums in unserem Gespräch nicht eine Frage, die gestellt worden ist, halbwegs verbindlich beantworten konnte und schon gar nicht die Frage, wie gehen wir denn nun mit 8,9 Mio. EUR um, die diesem Landkreis zusätzlich aufgelaufen sind aufgrund fehlerhafter Verteilungsmechanismen in diesem Land? Wir sind verwiesen worden auf Gesetzesänderungsverfahren, wo wir dann mal schnell über 3 oder 5 Jahre reden.

Und insofern ist diese Frage für mich die maßgebliche Frage, die sich leider immer wieder nur am Thema Kreisumlage entzündet, weil die den Verteilungskampf zweier kommunaler Gebietskörperschaften definiert. Aber darin steckt eigentlich das Grundproblem.

Ein Letztes: Herr des Verfahrens und Gestaltungsspielraum: Welchen Gestaltungsspielraum und ich sage auch ganz deutlich, es ist keine Kritik und kein Vorwurf an die Verwaltung, welchen Gestaltungsspielraum hat dieser Landkreis noch in seiner seit Jahren vollkommen überlasteten finanziellen Ausstattung? Dieser Landkreis nimmt seit Jahren, kann seit Jahren nicht mehr seine Aufgaben wahrnehmen zum Beispiel in Fragen der Ko-Finanzierung in den gesamten Programmen des ländlichen Raumes. Nicht ein ländlicher Wegebau kann mehr kofinanziert werden durch den Landkreis, weil die Finanzsituation so ist wie sie ist, nicht weil er böswillig ist.

Anders gesagt, für welche Verfahren sind wir eigentlich noch Herr des Handelns? Wir verwalten den Mangel, wir krampfen um das wenige Geld herum und haben vielleicht noch ein paar Sparideen bei denen wir uns nicht einig werden, aber in absoluter Masse ist das, was wir hier vorfinden ein strukturelles Problem und kein Problem der Verteilung. Und ich darf vielleicht daran erinnern, wenn es nur ein Verteilungsproblem wäre, wie ist dann zu erklären, dass es den kreisfreien Städten, die das Thema Kreisumlage bekanntlich nicht kennen, auch nicht besser geht. Dann müsste es de-

nen ja einigermaßen glänzend gehen. Das sind meine Fragen, die weiterhin nicht beantwortet sind und die stellen für mich das Problem des Haushaltes dar. Vielen Dank.

Herr Gutgesell

Die Defizite, die der Landkreis Uecker-Randow überwiegend hat, stammen aus Gesetzen von Bund und Land, die nicht ausfinanziert sind. Wenn wir das über Kreisumlageerhöhungen lösen wollen, bedeutet das auf Dauer für die Kommunen, dass auch diese nicht mehr in der Lage sein werden, ihre freiwilligen Aufgaben, ihre Vereine usw. unterstützen zu können. Und ganz zum Schluss bleibt den Kommunen nichts anderes übrig, als eine Grundsteuer B Erhöhung zu machen, d. h. ganz am Ende zahlt die Zeche der Bürger, wenn wir hier diesen Dingen freien Lauf lassen wollen und sagen, wir erhöhen und erhöhen die Kreisumlage Jahr für Jahr bis das Defizit letzten Endes, was nicht von uns verursacht wurde, beseitigt ist. Und was wir wollen ist eigentlich Gehör bei Bund und Land und den Abgeordneten dort, um diese Probleme einfach an der Stelle zu beseitigen, wo sie hergekommen sind. Und dieses Gehör haben wir bis zum heutigen Tage nicht gefunden.

Ein erster Schritt war der Besuch des Staatssekretärs Lenz und eine vage Zusage konnte er uns machen mit dem Handel, wenn ihr dann eine höhere Kreisumlage beschließt, dann wird er sich dafür einsetzen, dass eine interministerielle Arbeitsgruppe gegründet wird, die sich ausdrücklich mit den Finanzproblemen unseres Landkreises beschäftigt und versuchen wird, ministeriell übergreifend Lösungen hierfür zu erarbeiten. Wenn auch möglicherweise 2007 der Haushalt verabschiedet wird, beginnt 2008 genau die gleiche Debatte von vorn. Und die Frage ist, bekommen wir eher Gehör in dem gesagt wird, auch die Kommunen müssen ihren Beitrag leisten, was richtig ist an der Stelle oder muss man wirklich kämpfen mit Verweigerung bis es nicht mehr geht?

Auch ich muss die Frage stellen, wenn wir das Spiel weiterspielen und der Bürger zahlt zum Schluss die Zeche, wollen wir das?

Herr Krins

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich bin persönlich von Herrn Meistring angesprochen worden und wollte darauf jetzt gar nicht speziell eingehen.

Ich glaube, die Masse der vorgenannten Argumente kann die CDU-Fraktion auch zu 80 % tragen. Gleichwohl sind wir aber der Meinung, dass die Debatte um den Kreishaushalt selbst nicht die Debatte um die Kreisumlage sein kann, wie Sie es zutreffend gesagt haben.

Wenn man sich dagegen verwehrt, dass beispielsweise Gesetze nicht ausfinanziert sind, Herr Gutgesell, dann ist das richtig. Aber dann kann das nicht in diesem Haus entschieden werden, sondern dann muss man gegen diese Gesetze im Rahmen einer Verfassungsklage zu Felde ziehen. Man kann nicht erwarten, dass die Landkreise, die besser gestellt worden sind, wenn Verteilungsmechanismen falsch berechnet worden sind, dass die dann hier mitmachen. Das kann man nicht erwarten. Dann muss man beizeiten schlicht und ergreifend dagegen etwas unternehmen. Aber man kann nicht erwarten, dass man an der Stelle, wenn man sich hier beim Haushalt verweigert Gehör findet beim Land. Ich glaube, das wäre der vollkommen falsche Weg. Ich denke auch für die CDU-Fraktion hier zu sprechen, dass wir natürlich gerne bereit sind als CDU-Fraktion hier mitzuwirken, wir wissen ja alle, dass es Ungleichgewichte

gibt, da sind wir gerne bereit und da können wir Ihnen als CDU-Fraktion nur das Gespräch anbieten. Nur wir denken auch, dass es nicht der richtige Umgang war, den Haushalt jetzt erst zu beschließen, denn wie gesagt, es ist in der Tat schon so, dass sehr viele Vereine etc. dem Beschluss des Haushaltes sehnsüchtig entgegensehen. Danke.

Über folgenden Beschlussvorschlag wird namentlich abgestimmt:

Der Kreistag möge auf der Grundlage des § 48 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern die Haushaltssatzung des Landkreises Uecker-Randow für das Haushaltsjahr 2007 mit den vorgeschriebenen Bestandteilen und Anlagen beschließen.

Ammon, Michael	dafür
Bauer, Gerhard	dagegen
Dr. Blohm, Helmut	dafür
Brauchler, Roland	dagegen
Drechsler, Irmhild	dagegen
Erinski, Alexander	dagegen
Friese, Norbert	dafür
Gottschalk, Ralf	dagegen
Grams, Friedbert	dafür
Gutgesell, Dennis	dagegen
Haack, Norbert	dafür
Jürgens, Gesine	dafür
Kiel, Gerhard	dafür
Koschnitzki, Jutta	dagegen
Kowalski, Dietmar	dagegen
Krins, Matthias	dafür
Lunow, Rainer	dagegen
Meistring, Lothar	dagegen
Müggenburg, Günter	dagegen
Obst, Anneliese	dagegen
Orwat, Dieter	dafür
Otterstein, Rudi	dagegen
Peeger, Marlies	dagegen
Pinzke, Denis	dagegen
Poch, Ulrich	dafür
Radant, Frank	dafür
Raulin, Norbert	dagegen
Röhl, Jürgen	dafür
Roloff, Rudi	dafür
Dr. Sander, Horst	dafür
Schlupp, Beate	dafür
Dr. Seidel, Alfred	dafür
Stegemann, Günter	dagegen
Texter, Andreas	dafür

Thiede, Christel	dafür
Wagner, Günter	dafür
Werner, Doris	dagegen
Zibell, Antje	dafür
Zimmermann, Arno	dafür

Abstimmungsergebnis:	dafür:	21
	dagegen:	18
	Enthaltungen:	0

Damit ist die Haushaltssatzung für das Jahr 2007 mehrheitlich bestätigt.
Der Beschluss erhält die **Beschluss-Nr. 15/118/07**.

TOP 12: Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes des Landkreises Uecker-Randow für das Haushaltsjahr 2007

Herr Dr. Sander führt aus, dass über die Beanstandung des Beschlusses zum Haushaltssicherungskonzept durch den Landrat mit Schreiben vom 02.07.2007 informiert wurde.

Gemäß § 43 Abs. 3 KV M-V ist durch den Kreistag ein Haushaltssicherungskonzept zu beschließen, wenn der Haushaltsausgleich nicht erreicht werden kann.

Frau Schlupp beantragt im Namen der CDU-Fraktion **namentliche Abstimmung**.

Folgender Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gebracht:

Der Kreistag möge gemäß § 43 Abs. 3 in Verbindung mit § 104 Abs. 3 Punkt 7 der Kommunalverfassung M-V die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 2008 – 2015 für das Haushaltsjahr 2007 beschließen.

Ammon, Michael	dafür
Bauer, Gerhard	dafür
Dr. Blohm, Helmut	dafür
Brauchler, Roland	dagegen
Drechsler, Irmhild	dagegen
Erinski, Alexander	dagegen
Friese, Norbert	dafür
Gottschalk, Ralf	dafür
Grams, Friedbert	dafür

Gutgesell, Dennis	dafür
Haack, Norbert	dafür
Jürgens, Gesine	dafür
Kiel, Gerhard	dafür
Koschnitzki, Jutta	dafür
Kowalski, Dietmar	dagegen
Krins, Matthias	dafür
Lunow, Rainer	dagegen
Meistring, Lothar	dagegen
Müggenburg, Günter	dafür
Obst, Anneliese	dagegen
Orwat, Dieter	dafür
Otterstein, Rudi	dagegen
Peeger, Marlies	dagegen
Pinzke, Denis	dagegen
Poch, Ulrich	dafür
Radant, Frank	dafür
Raulin, Norbert	dagegen
Röhl, Jürgen	dafür
Roloff, Rudi	dafür
Dr. Sander, Horst	dafür
Schlupp, Beate	dafür
Dr. Seidel, Alfred	dafür
Stegemann, Günter	Enthaltung
Texter, Andreas	dafür
Thiede, Christel	dafür
Wagner, Günter	dafür
Werner, Doris	dagegen
Zibell, Antje	dafür
Zimmermann, Arno	dafür

Abstimmungsergebnis:	dafür:	26
	dagegen:	12
	Enthaltungen:	1

Damit ist die Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes mehrheitlich bestätigt.

Die Beschluss-Nr. lautet: **22/188/98 – 9. Änderung.**

TOP 13: Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Uecker-Randow

Aufgrund von Befangenheit nehmen die Kreistagsmitglieder Frau Antje Zibell, Herr Lothar Meistring, Herr Matthias Krins, Herr Dennis Gutgesell und Herr Norbert Frieze an der Abstimmung nicht teil.

Folgender Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gebracht:

Der Kreistag möge die Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Uecker-Randow für das Geschäftsjahr 2006 gemäß § 26 Abs. 4 des Sparkassengesetzes Mecklenburg-Vorpommern (SpkG M-V) vom 26. Juli 1994 zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 20. Juli 2006 (GVOBl. M-V S. 576) beschließen.

Abstimmung:	dafür:	34
	dagegen:	0
	Enthaltungen:	0

Damit ist die Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse Uecker-Randow einstimmig bestätigt.

Der Beschluss erhält die **Beschluss-Nr. 15/119/07**.

TOP 14: Gemeinsamer Antrag der Fraktionen CDU, DIE LINKE., SPD, Bürgerbündnis Uecker-Randow und der Wählergruppen Für Uecker-Randow und Bauernverband - Ländlicher Raum im Kreistag Uecker-Randow zum Modell-Projekt „Zukunfts-Region Uecker-Randow“

Folgender Beschlussvorschlag wird zur Abstimmung gebracht:

- 1. Der Landrat wird beauftragt, sich für die Verwirklichung des Modell-Projekts „Zukunfts-Region Uecker-Randow“ einzusetzen.**
- 2. Zur Umsetzung des Modell-Projekts sollen die Gemeinden im Landkreis Uecker-Randow, vorbehaltlich der Beschlüsse in denn zuständigen Gemeindevertretungen, herangezogen werden.**

Abstimmung:	dafür:	35
	dagegen:	2
	Enthaltungen:	2

Damit ist der gemeinsame Antrag mehrheitlich bestätigt.

Der Beschluss erhält die **Beschluss-Nr. 15/120/07**.

TOP 15: Anfragen der Kreistagsmitglieder

Herr Bauer trägt vor, dass an den Gymnasien unseres Landkreises im Sommer mehrere Lehrer die Kündigung eingereicht haben. So sollen in Ueckermünde 5 Lehrer weggegangen sein.

Er möchte wissen, wie die personelle Besetzung bei den Fachlehrern ist und wie hoch die Ausfallstunden sind.

Herrn Bauer wird eine schriftliche Antwort zugesichert.

Auf Antrag von Herrn Krins ist in der nächsten Kreistagssitzung zur Thematik öffentlich zu informieren.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt.

Der öffentliche Teil der Kreistagssitzung wird geschlossen. Über die im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse wird in der nächsten Kreistagssitzung informiert. Diese wird zum **17. Dezember 2007** einberufen.

Im nichtöffentlichen Teil wurde unter **TOP 16** die Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung des Landrates vom 20.09.2007 zur Zuschlagserteilung rettungsdienstlicher Leistungen im Landkreis Uecker-Randow – Rettungswache Strasburg und Notarztstandort Strasburg an den Kreisausschuss zurückverwiesen.

Dr. Horst Sander
Kreistagspräsident

Protokollantin

Anlage 1

Bericht des Landrates auf der Kreistagsitzung am 08. Oktober 2007

Sehr geehrter Herr Kreistagspräsident Dr. Sander,
sehr geehrte Mitglieder des Kreistages,

zur Sitzung des Kreistages am 11.06.2007 unterrichtete ich Sie, wie bereits in den vorangegangenen Sitzungen des Kreistages, über die getroffenen Entscheidungen bezüglich der Umsetzung des Verwaltungsmodernisierungsgesetzes und über die Arbeit des Aufbaustabes.

Das Landesverfassungsgericht (LVerfG) M-V hat mit Urteil vom 26.07.2007 die im Gesetz zur Modernisierung der Verwaltung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 23.5.2006 enthaltenen Bestimmungen zur Kreisgebietsreform für unvereinbar mit der verfassungsrechtlichen Garantie kommunaler Selbstverwaltung und das Gesetz im Übrigen im Wesentlichen für gegenstandslos erklärt. Damit ist die erstmals in einem Bundesland vorgesehene flächendeckende Regionalkreisbildung aus überzeugenden verfassungsrechtlichen Gründen unterbunden worden.

Die Notwendigkeit einer Modernisierung der Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern hat das LVerfG mit deutlichen Worten unterstrichen. Diese Notwendigkeit wurde auch von den Klägern zu keinem Zeitpunkt verneint. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus den Daten zu Fläche und Bevölkerung des Landes im bundesdeutschen Vergleich. Mecklenburg-Vorpommern steht im Vergleich unter den 13 Flächenländern in der Fläche an sechster Stelle, in der Bevölkerung allerdings erst auf dem zwölften Rang. In den vergangenen Jahren war ein Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen, der sich fortsetzen wird.

Darüber hinaus befindet sich der Altersaufbau der Bevölkerung in einem grundlegenden Wandel. Der Haushalt des Landes befindet sich in einer strukturellen Schiefelage. Das LVerfG hat die Organisation der Landesverwaltung als nicht zweckmäßig beurteilt. Unter diesen Voraussetzungen ist es berechtigt, die Strukturen anzupassen.

Das LVerfG stellt aber heraus, dass Gesetze, welche die kommunale Selbstverwaltung betreffen, der verfassungsrechtlichen Garantie kommunaler Selbstverwaltung Rechnung tragen müssen. Das Recht der Selbstverwaltung bei Gemeinden und Kreisen sei identisch. Im Mittelpunkt der kommunalen Selbstverwaltung stehe die Aktivierung der Bürger für ihre eigenen Angelegenheiten. Bestands- und Gebietsänderungen seien nur aus Gründen des öffentlichen Wohls und nach vorheriger Anhörung der betroffenen Körperschaften zulässig.

Das LVerfG betont, bei einer Kreisgebietsreform muss die kommunale Selbstverwaltung mit dem ihr von Verfassung wegen zukommenden Gewicht einbezogen werden. Beide tragenden Komponenten- die Leistungsfähigkeit im Sinne rationeller Aufgabenerfüllung einerseits und die bürgerschaftlich-demokratische Dimension andererseits- müssen die entsprechende Beachtung finden.

Das Kreisgebiet müsse überschaubar sein, was auch bedeutet, dass Kreistagsmitglieder sich auch über die Verhältnisse in entfernteren Bereichen des jeweiligen Krei-

ses zumutbar eigene Kenntnis verschaffen können. Viele Entscheidungen sind durch Raumbezug gekennzeichnet. Die Arbeitslast der Kreistagsmitglieder würde erheblich steigen.

Das Land hat versucht, die Beeinträchtigungen kreispolitischer Betätigung durch Fraktionszuschüsse und die Unterstützung der Fraktionen durch hauptamtliches Personal zu kompensieren. Das LVerfG lässt dies als Kompensation nicht gelten. Verfahrensrechtliche Aspekte wurden unzureichend beachtet. Es habe an der Erstellung eines Leitbildes gefehlt. Von den beiden bereits erwähnten Komponenten wurde nur die effizientere kostengünstigere Verwaltung betrachtet, Aspekte der kommunalen Selbstverwaltung wurden vernachlässigt. Das LVerfG hat weiterhin die einseitige Fixierung des Gesetzgebungsvorhabens auf die Einräumigkeit und Einheit der Verwaltung kritisiert. Schonendere Alternativen zur Regionalkreisbildung seien nicht wertend geprüft worden.

Die durch das LVerfG für nicht verfassungsgemäß erachteten Aspekte sind bei den kommenden Bemühungen zur Verwaltungsreform zu beachten. Die Einbeziehung der kommunalen Seite bei der Entwicklung der Ziele, des Leitbildes (Aussagen zu den Aufgaben der Landkreise, zu den Strukturen, zur Größe und zu Einwohnerzahlen) und der Leitlinien und die gutachterliche Prüfung von Alternativen und die Abwägung der aufgezeigten verfassungsrechtlichen Bedenken kommen einer besonderen Bedeutung zu.

Die Menschen an der Basis müssen mitgenommen werden. Die vielen Ehrenamtlichen dürfen nicht verschreckt werden. Jetzt muss der Blick nach vorne gerichtet werden, denn wie ich bereits betonte, die Notwendigkeit einer Modernisierung der Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern hat das LVerfG mit deutlichen Worten unterstrichen und diese Notwendigkeit wurde auch von den Landkreisen als Kläger zu keinem Zeitpunkt verneint.

Ein neuer Anlauf für eine umfassende Verwaltungsmodernisierung ist erforderlich. Eine Veränderung der Strukturen der Landkreise sollte mit einer umfassenden Aufgabenübertragung verbunden sein. Gleichzeitig sollte geprüft werden, welche Aufgaben wegfallen können. Nur so kann das Ziel einer schlanken Verwaltung erreicht werden.

Landesregierung und Landtag werden ein Konzept für eine Verwaltungsmodernisierung vorlegen. Erklärtes Ziel ist es das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode, also bis 2011 zu verabschieden und umzusetzen.

Ausgangspunkt kann nur entsprechend den verfassungsrechtlichen Vorgaben des Urteils vom 26. Juli 2007 ein Leitbild für die künftigen Landkreise sein. Dieses muss sie in die Lage versetzen, die ihnen zugewiesenen Aufgaben wirtschaftlich, eigenverantwortlich und bürgernah zu erledigen. Eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung kann auch nur erreicht werden, wenn den Landkreisen durch die Übertragung der Aufgaben in den eigenen Wirkungskreis verstärkte Gestaltungsspielräume eingeräumt werden.

Vom Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger in den Kreistagen, Gemeinde- und Stadtvertretungen lebt die kommunale Selbstverwaltung. Den Belangen des Ehrenamtes ist Rechnung zu tragen. Das Ehrenamt muss durch die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen gefördert und gestärkt werden. Die Landkreise sind grundsätzlich bereit, an einer zukunftsweisenden Verwaltungsmodernisierung mitzuwirken.

Tanktourismus

Auf der Grundlage des Antrages der CDU-Fraktion beschloss der Kreistag des Landkreises Uecker-Randow am 13. März 2006, dass der Landrat des Landkreises Uecker-Randow die Landesregierung über die Auswirkungen des Tanktourismus im Grenzgebiet unterrichtet und sie auffordert, sich auf Bundesebene für eine Lösung z. B. durch die Einführung regionalisierter Steuersätze einzusetzen.

Der damalige Wirtschaftsminister, Herr Dr. Otto Ebnet, teilte mir zu den von mir dargestellten Wettbewerbsbedingungen für das Tankstellengewerbe in unserer Grenzregion und der damit verbundenen Bitte zur Prüfung einer Lösung z. B. durch die Einführung regionalisierter Steuersätze mit, dass sich mit dem so genannten Stiftungsmodell ein möglicher Lösungsansatz ergeben habe.

Dieses Modell sieht vor, den Tankstellen bundesweit einen Cent Steuer je verkauftem Liter Kraftstoff zu erlassen, der in eine Stiftung eingezahlt werden würde.

Bewohner der Grenzregion (bis etwa 50 km Entfernung) erhielten eine Tankkarte, mit der sie an deutschen Tankstellen die jeweilige Preisdifferenz zum Nachbarland sofort an der Tankstellenkasse erstattet bekämen. Diese Differenz erhielten die Tankstellenbetreiber wiederum von der Stiftung ausbezahlt. Die entsprechende Prüfung auf Umsetzbarkeit und Vereinbarkeit mit dem EU-Recht bleibe abzuwarten.

Herr Jürgen Seidel, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, informierte mich Anfang August dieses Jahres, dass im Ergebnis der vollzogenen rechtlichen Überprüfung durch das Bundesministerium der Finanzen offiziell mitgeteilt wurde, dass angesichts der verfassungs- und EU-beihilferechtlichen Schwachstellen und der Umsetzungsprobleme des Modells die Bundesregierung nicht beabsichtigt, in dieser Angelegenheit initiativ zu werden. Der Beitrag der Mineralölwirtschaft im Rahmen dieses Modells wird als eine verfassungsrechtlich unzulässige Sonderabgabe betrachtet (weil nur Grenzregionen davon profitieren würden). Zudem wird neben diesen rechtlichen Schwachstellen auf erhebliche Probleme in der Umsetzung des Systems hingewiesen.

Der Wirtschaftsminister bringt seine Enttäuschung über dieses Ergebnis zum Ausdruck und verweist auf den Weg der Harmonisierung der Besteuerung von Kraftstoffen auf europäischer Ebene. Leider sei keine kurzfristige und inhaltlich befriedigende Lösung aufgrund der Einstimmigkeitsregelung in Steuerfragen auf europäischer Ebene zu erwarten, obwohl Ansätze hierzu durch die EU-Kommission zwar zielstrebig verfolgt und von Deutschland nachgiebig unterstützt werden.

Fachbereich Ordnung und Umweltschutz

Die 16. Leistungsschau der Uecker-Randow-Region unter dem Motto „Wellness – Wirtschaft - Tourismus“ ist Geschichte und schon, man glaubt es kaum, über einen Monat her. Es waren wiederum tolle Tage, an denen sich über 100 Aussteller den über 30.000 Besuchern präsentierten.

Dank sei hier von dieser Stelle aus noch einmal dem Leistungsschau Uecker-Randow e. V. mit dem Planungsausschuss an der Spitze, die mit Unterstützung der Stadt Pasewalk diese interessante Messe, übrigens die größte Vorpommerns, vorbereitet haben. Dank auch den Ausstellern, den vielen Helfern und Sponsoren.

Bezug nehmend auf den Beschluss des Kreistages zur Beseitigung von Auswirkungen durch Maut verdrängter Verkehre kann ich Ihnen mitteilen, dass gemeinsame

Bemühungen unserer Landtagsabgeordneten, Frau Beate Schlupp, und des Fachbereiches Ordnung und Umweltschutz beim zuständigen Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung unternommen werden. Die Prüfung der Problematik ist im vollen Gange. Des Weiteren wurde auf der letzten Sitzung des Kreisausschusses der Vorschlag unterbreitet, den Bundesverkehrsminister, Herrn Tiefensee, an die B 104 und B 109 einzuladen.

Fachbereich Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz

Die Umsetzung des Sozialgesetzbuches Zweiter Teil (SGB II) ist für den Landkreis nach wie vor eine hohe Belastung.

Die im Jahr 2007 geplanten Kosten der Unterkunft und Heizung in Höhe von 25.100.000 EUR werden voraussichtlich nicht notwendig sein. Nach dem derzeitigen Stand der Ausgaben und keinen größeren Veränderungen bis zum Jahresende könnten ca. 600.000,00 EUR eingespart werden. Dies zieht aber gleichzeitig auch einen Einnahmerückgang von ca. 187.000 EUR nach sich, da der Landkreis zurzeit 31,2 % der Ausgaben im Rahmen der Bundesbeteiligung als Erstattung erhält und diese dann dementsprechend geringer ausfällt. Die Einsparung im Bereich der Kosten der Unterkunft und Heizung nach dem SGB II beträgt somit voraussichtlich ca. 413.000 EUR.

Eine wesentliche Ursache liegt in der Verringerung der Bedarfsgemeinschaften. Erhielten im Jahresdurchschnitt 2006 8.754 Bedarfsgemeinschaften Leistungen nach dem SGB II, so sind es im Durchschnitt von Januar bis August 2007 8.200 Bedarfsgemeinschaften.

Im Bereich der überörtlichen und örtlichen Sozialhilfe bleibt die finanzielle Situation für den Landkreis Uecker-Randow angespannt. Durch die Budgetierung der überörtlichen Sozialhilfe seit der Einführung des Sozialhilfefinanzierungsgesetzes M-V 2002 bis 2004 und der Novellierung dieses Gesetzes für die Jahre 2005 bis 2007 ist dem Landkreis Uecker-Randow ein Gesamtdefizit von 1,4 Mio. EUR entstanden. Gegen die Defizite aus den Jahren 2002 und 2003 klagt der Landkreis gegen das Land in 2. Instanz. Für das Haushaltsjahr 2005 hat der Landkreis erstmals einen Defizitausgleich in diesem Jahr erhalten.

Seit Inkrafttreten des alten Sozialhilfefinanzierungsgesetzes und der Novellierung haben auch Gesetzesänderungen und Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichtes zu Veränderungen bei der Bearbeitung und finanziellen Abwicklung der so genannten Altfälle geführt. Der Landkreis Uecker-Randow hat bereits 2007 im Bereich der Altfälle zusätzliche Kosten von über 1 Mio. EUR zu tragen, die dann außerhalb des Budgets vom Land M-V zu refinanzieren sind.

In den nächsten zwei Haushaltsjahren ist davon auszugehen, dass weitere 2 Mio. EUR in diesem Bereich vom Landkreis vorzufinanzieren sind, die vom Land erstattet werden.

Der Fachdienst Gesundheit berichtet über zahlreiche Aktivitäten im Rahmen der Prävention. Beispielhaft sollen genannt werden:

- die Durchführung von 8 Veranstaltungen zur Suchtprävention an den Schulen des Landkreises,
- die Teilnahme an den 7. Seniorensportspielen des Landes M-V,
- die Aufklärung im Rahmen der Jugendfilmtage zu Fragen der Sexualität, Liebe, Freundschaft, HIV und AIDS,
- die Durchführung eines Mitmach-Parcours zu AIDS, Liebe und Sexualität an der Beruflichen Schule in Eggesin.

Die diesjährige Pilzausstellung findet am 12. und 13.10.2007 in der Europa-Schule Pasewalk statt. Hier können sich die Bürger von der Biologin Frau Ruth Beier und dem Pilzsachverständigen des Landkreises Herrn Peter Landrock sachkundig beraten lassen.

Die Stadt Strasburg ist zur seniorenfreundlichsten Kommune in der Kategorie bis 10.000 Einwohner geehrt worden. Dazu möchte ich Herrn Raulin beglückwünschen. In der nächst höheren Kategorie hat es Ueckermünde zu einem dritten Platz geschafft.

Wir hatten uns schon ganz kurz über das Tiefensee-Modellvorhaben geäußert. Zwischenzeitlich haben Sie aus der Presse erfahren können, dass wir den Teilnahme-wettbewerb zum Modellvorhaben „Demografischer Wandel – Zukunftsgestaltung der Daseinsfürsorge in ländlichen Räumen“ gewonnen haben.

Anlässlich der Bekanntgabe, sagte der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Herr Tiefensee: „Es ist gut, dass sich alle Landesregierungen der neuen Bundesländer am Wettbewerb beteiligt haben. Das Interesse ist groß, miteinander zu kooperieren, um in den Regionen eine neue Qualität des Gemeinnsinns zu entwickeln. Wir müssen gerade die Regionen unterstützen, die im besonderen Maße von Abwanderung und niedriger Geburtenrate betroffen sind.“

Er möchte mit dem Modellvorhaben konkrete Lösungsansätze erarbeiten, wie die Lebensqualität vor Ort erhalten werden kann und welche Chancen sich durch den demografischen Wandel ergeben. Die Ergebnisse sollen dann auch auf andere Regionen, auch in den alten Bundesländern, übertragbar sein. Jetzt müssen, so sagt er, alle Beteiligten zusammenarbeiten – bis zum Sommer 2009 sollen alle Modellvorhaben abgeschlossen sein und die Ergebnisse dann ausgewertet werden.

An diesem Teilnahmewettbewerb haben sich neben den Regionen Stettiner Haff und Südharz/Kyffhäuser die vier Regionen Elbe-Elster/Oberspreewald-Lausitz, Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, Aue-Schwarzenberg und Oberlausitz-Niederschlesien beteiligt.

Ich möchte mich an dieser Stelle ganz herzlich bei den Bürgermeistern bedanken, die an der Bereisung mit den Vertretern des Bundesbauministeriums zugegen waren, die aus meiner Sicht sehr stark dazu beigetragen haben, dass ausgerechnet wir zusammen mit Ostvorpommern zu dieser auserwählten Region zählen. Sie haben es an den Namen gehört, anderen geht es zum Teil auch nicht viel anders als uns.

Wir sind jetzt in der Phase, wo die Gremien gebildet werden, die dann die ganze Entwicklung bis 2009 begleiten. Es ist fast zu jedem Thema, was wir angesprochen haben, dann ein Verantwortlicher aus dem Bundesministerium zuständig. Es werden noch viele andere Leute dazugeordnet. Es soll ein Regionalkreis von der Region her

gebildet werden, dort sind die Verantwortlichen für den 24. Oktober jetzt eingeladen. Es wird einen Koordinator geben.

Ich werde Sie zeitnah darüber informieren, wie viel Geld von dem, was wir bekommen sollen, für diese Abarbeitung gebraucht wird. Es könnte sein, dass wir für investive Dinge dann nicht mehr so viel übrig haben. Da ich dieses auch schon einige Male laut gesagt habe, ließ es sich Herr Ebnet nicht nehmen vor der Eröffnungsveranstaltung durch das Bundesministerium am 14.09.2007 schon am 12.09.2007 in der entsprechenden Veranstaltung aus Sicht des Landes in der Gießerei Torgelow deutlich zu machen, es geht nicht nur darum, dass wir Modelle für irgendwelche Dinge schaffen, die dann 2020 eintreten, es geht vor allem darum, dass wir Arbeitsplätze schaffen und damit erreichen wir, dass die Leute nicht abwandern, sie gründen wieder Familien. Ich denke, das ist der richtige Weg.

Herzlichen Dank.